



Braucht Küsnacht neben «ZSZ», «Küsnachter», «Dorfpost», «NZZ» und «Tages-Anzeiger» eine weitere Zeitung, die über das lokale Geschehen berichtet? (Reto Schneider)

Küsnacht Befürworter und Gegner zur «Küsnachter Woche», befragt von Redaktor Lucien Scherrer

Pro und kontra Gemeindeblatt



Max Baumgartner,
Gemeindevorstand

Ja, die «Küsnachter Woche» entspricht einem Bedürfnis der Bevölkerung. Mit ihr wird ein bedeutender Beitrag zum Informationsfluss in der Gemeinde, zur Stärkung der Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Wohnort und zur generellen Förderung des gesellschaftlichen Lebens in Küsnacht geleistet. Das wöchentlich erscheinende Lokalblatt berichtet aktuell und kompakt über das Leben in Küsnacht. Die bestehenden Medien haben entweder einen ungenügenden lokalen Bezug oder können aufgrund ihrer Erscheinungsweise die gewünschte Aktualität nicht sicherstellen.

Die Frage ist irreführend. Die Gemeinde stellt eine Plattform zur Verfügung und finanziert diese. Deren Inhalte werden durch die verschiedensten Gruppierungen des Dorfes gestaltet (Behörden, Vereine, Gewerbe, Parteien, Institutionen, etc.). Laut der Bevölkerungsbefragung von 2008 glauben rund 30 Prozent der Befragten, schlecht bis durchschnittlich über Gemeindeaktivitäten informiert zu sein. Offensichtlich gelingt es den privaten Anbietern nicht, den kommunalen Informationsanliegen umfassend zu genügen.

Diese Aussage missversteht das Konstrukt der «Küsnachter Woche». Das Mitteilungsblatt ist nicht der verlängerte Arm des Gemeinderates, sondern ein Forum für verschiedenste Bereiche dörflicher Kommunikation. Eine unabhängige Redaktionskommission mit in erster Linie unabhängigen Fachleuten beaufsichtigt die Zeitung. Die Arbeit wird von einer professionellen Redaktion geleistet, die sich an die journalistischen Gepflogenheiten zu halten hat. Beispiele aus anderen Gemeinden zeigen, dass dieses Modell funktioniert. Die Frage der Unabhängigkeit könnte sich auch bei der «ZSZ» stellen, die von der Gemeinde für die Grossauflage mit jährlich 120 000 Franken entschädigt wird.

Aufgrund von Erfahrungszahlen in anderen Gemeinden sind die kalkulierten Inserateerlöse realistisch.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Medienberichterstattung über die Gemeinde Küsnacht? Braucht es neben «Dorfpost», «Küsnachter» und «Zürichsee-Zeitung» eine gemeindeeigene «Küsnachter Woche», wie der Gemeinderat vorschlägt?

Ist es Aufgabe der Gemeinde, eine «staatliche» Konkurrenz zu den privaten Angeboten zu lancieren?

Der Gemeinderat trägt letztlich die Verantwortung für den Inhalt der «Küsnachter Woche», das Blatt soll aber «behördenunabhängig» berichten. Wie soll diese Unabhängigkeit gewährleistet werden bzw. ist sie überhaupt möglich?

Der Gemeinderat rechnet mit jährlichen Inserateerlösen von 220 000 Franken. Was geschieht, wenn dieses Ziel nicht erreicht wird? Wird das Defizit durch zusätzliche Steuergelder abgeglichen?

Das Projekt steht in klarem Widerspruch zu einer liberalen, wirtschaftsfreundlichen Haltung. Wenn die Privatwirtschaft ein genügendes und gutes Angebot bereitstellt, ist es nicht nötig, dass die öffentliche Hand eingreift. Wenn der Gemeinderat mit der «ZSZ» nicht zufrieden ist, gibt es Alternativen: Mit dem «Küsnachter» und der «Dorfpost» haben wir zwei weitere private Publikationen, welche in der Gemeinde verteilt werden. Ich begreife nicht, warum der Gemeinderat die privaten Anbieter nun konkurrenzieren will. Das sind Zustände wie in der alten UdSSR.



Gregor A. Rutz,
SVP Küsnacht

Nein. Die Presse steckt in einer schwierigen Situation: Kaum ein Printmedium ist nicht von drastischen Sparübungen betroffen. Die Zusammenlegung der Lokalredaktionen von «ZSZ» und «Tages-Anzeiger» spricht Bände. Auch der «Küsnachter» und die «Dorfpost» müssen sich der schwierigen wirtschaftlichen Situation stellen. Zudem hat der Nationalrat in dieser Woche einmal mehr Millionenbeiträge für die Presseförderung gesprochen. Dass die Gemeinde Küsnacht diese Situation mit einer eigenen Publikation verschärfen will, ist äusserst fragwürdig.

Es liegt in der Natur der Sache, dass ein gemeindeeigenes Blatt nie unabhängig sein wird. Das ist auch gar nicht möglich: Wenn die Gemeinde öffentliche Mittel für eine eigene Zeitung einsetzt, muss sie auch die Kontrolle über die Verwendung dieser Mittel wahrnehmen. Der Zweck dieser Zeitung wäre, die Informationen der Gemeindebehörden zu verbreiten. Dies aber steht in diametralen Widerspruch zur redaktionellen Freiheit. Für eine «behördenunabhängige Berichterstattung» braucht es keine zusätzliche Gemeindezeitung – dafür haben wir, wie erwähnt, bereits verschiedenste andere Zeitungen und Informationsmöglichkeiten.

Ja, natürlich wird das Defizit durch Steuergelder abgeglichen. Hier wird einmal mehr der Steuerzahler zur Kasse gebeten werden. Die Inserateerlöse sind deutlich zu hoch angesetzt – das ist angesichts der aktuellen Lage der Printmedien Wunschdenken. Auch dies spricht dafür, dass der Gemeinderat dieses Projekt noch einmal in Ruhe durchdenkt und der Gemeindeversammlung eine bessere Alternative vorlegt.

Parteien sind sich uneinig über Dorfpostille

Am Montag entscheidet die Küsnachter Gemeindeversammlung darüber, ob sich die Gemeinde ein eigenes Mitteilungsblatt leisten soll. Der Gemeinderat hält die journalistische Abdeckung der Gemeinde für ungenügend. Geplant ist eine Wochenzeitung im Tabloidformat, die unabhängig über Politik, Vereine, Gewerbe und andere Themen berichten soll. Ausserdem sollen dort die amtlichen Publikationen erscheinen. Die «Zürichsee-Zeitung» würde ihren Status als amtliches Publikationsorgan verlieren. Für die Deckung der Redaktions-, Druck- und Ver-

sandkosten beantragt der Gemeinderat der Gemeindeversammlung einen jährlich wiederkehrenden Bruttokredit von 535 000 Franken. Die Behörde rechnet damit, dass die neue Zeitung Inserateerlöse von rund 220 000 Franken generieren wird. Dazu kommen Beiträge der Reformierten Kirchgemeinde sowie amtliche Inserate. Unter dem Strich wird die «Küsnachter Woche» nach Berechnungen des Gemeinderates den Steuerzahler jährlich 245 000 Franken kosten. Die heute von der Gemeinde finanzierte wöchentliche Grossauflage der «ZSZ» in Küsnacht würde jedoch

überflüssig, weshalb sich der effektive Mehraufwand auf 75 000 Franken im Jahr belaufen soll.

Die Rechnungsprüfungskommission empfiehlt, das Geschäft abzulehnen. Aber auch in den Parteien sorgt der Plan des Gemeinderates für gemischte Gefühle. Die Freisinnigen empfehlen zwar ein Ja. In einer dünnen Erklärung teilten sie Anfang der Woche jedoch mit, dass der Entscheid «nur knapp positiv» ausgefallen sei. Zudem ist es ein offenes Geheimnis, dass nicht alle FDP-Gemeinderäte von der Idee eines «staatlichen» Organs begeistert sind. Die SVP

lehnt den Vorschlag klar ab. Die Zeitung sei unnötig und verursache bloss hohe Kosten, heisst es. Überraschend ist das nicht: Eine kommunale Postille würde die «Dorfpost» konkurrenzieren, die der Partei nahesteht – und von Martin Schneider verlegt wird, der im Frühling für die SVP in den Gemeinderat gewählt wurde. Klar hinter dem Projekt «Küsnachter Woche» stehen die Sozialdemokraten, die sich einen «hohen Nutzen für die Bevölkerung» versprechen. Tatsächlich soll die Idee, ein Gemeindeblatt zu lancieren, von SP-Gemeinderat Gerhard Fritschi stammen. (lsc)

Kommentar

Unnötiger Staatseingriff

Benjamin Geiger

Das Projekt, in Küsnacht eine Zeitung auf Kosten der Steuerzahler herauszugeben, ist aus ordnungs- und demokratiepolitischen Gründen falsch. Heute berichten mehrere abonnierte Tageszeitungen und zwei gratis verteilte Lokalblätter regelmässig und ausführlich über das Geschehen in Küsnacht. Keine andere Gemeinde am Zürichsee befindet sich in einer derart komfortablen Lage. Wenn Private in einem Markt für Vielfalt sorgen, dann besteht für den Staat kein Grund, sich selber auch noch als Akteur einzumischen. Obwohl das neue Blatt jedes Jahr mehrere hunderttausend Franken aus der Gemeindekasse erhalten soll, will es auch fleissig Inserate akquirieren. Es würde dadurch die Einnahmehöhe der privaten Titel schmälern und letztlich deren Existenz gefährden.

Eine solche Entwicklung wäre nicht nur aus wirtschaftlichen Überlegungen problematisch, sondern auch aus demokratiepolitischen. Das geplante Gemeindeblatt kann nämlich – trotz der gemeinderätlichen Beteuerungen – nicht «unabhängig» agieren. Schon heute versuchen Behördenmitglieder zuweilen Druck auf unabhängige Redaktionen auszuüben, um Inhalte nach ihrem Gusto zu verändern. Wie viel stärker wäre die Versuchung, dies in der eigenen Zeitung zu tun? Wäre eine offene Diskussion wie jene über den «Hüttengraben» in der «Küsnachter Woche» möglich? Oder dürften gewisse kritische Voten nicht publiziert werden, weil sie aus Behördensicht «unfair» oder «falsch» sind? Andere Gemeinden haben klar erkannt, welche Verstrickungen drohen, wenn sich eine Behörde als Verlegerin betätigt. Kilchberg beispielsweise unterstützt zwar das monatlich erscheinende Lokalblatt finanziell, verzichtet aber explizit darauf, die publizistische Verantwortung dafür zu übernehmen.

Mehr Zeitungsprodukte bringen in der Regel mehr Meinungsvielfalt. Die «Küsnachter Woche» würde aber das Gegenteil bewirken: Das neue Sprachrohr der Behörden würde jene Plattformen bedrängen, auf welchen sich heute kritische Stimmen zu Wort melden können.

Küsnacht

EVP will kein neues Gemeindehaus

Die EVP Küsnacht hat ihre Parolen für die Gemeindeversammlung vom Montag gefasst. Den Plan des Gemeinderates, eine «Küsnachter Woche» zu lancieren, lehnt sie ab. Im Gegensatz zum Gemeinderat ist die EVP überzeugt, dass Interessierte heute schon alle relevanten Informationen zum Geschehen in Küsnacht erhalten können. Allenfalls könnte die Internetplattform der Gemeinde noch etwas ausgebaut werden, damit sie von Kulturschaffenden, Parteien und Vereinen genutzt werden kann. Ein weiteres Printmedium ist deshalb überflüssig. Klar abgelehnt wird von der EVP auch die Initiative von Alfred Egli für ein neues Gemeindehaus. Mit dem Abriss des Südflügels des Gebäudes würde intakte Bausubstanz vernichtet, nur um möglicherweise ein «besseres» Ortsbild zu gewinnen. Die Vorlage für die Neugestaltung des Gemeindehausplatzes enthält viele gute Elemente. Aber mit der Verkleinerung der Brückenplatte über den Dorfbach würde der Platz vor der reformierten Kirche massiv eingeschränkt. Die EVP plädiert deshalb für die Rückweisung dieser Vorlage. Allen weiteren Geschäften, darunter dem Gestaltungsplan Hüttengraben, stimmt die EVP zu. (evp)